

Niederschrift

über die 29. Sitzung (IX. Wahlperiode)
des Haupt-,Wirtschafts- und Finanzausschusses am 22.02.2018

Inhaltsverzeichnis

A. Öffentlicher Teil:

TOP	Seite	Beratungsgegenstand	SV-Nr.
1		Änderung und Erweiterung der Tagesordnung	
2		Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 31 iVm. § 19 der Geschäftsordnung	
3		Finanzstatusbericht zum 31.12.2017	IX/2249
4		Mittelfreigabe für die Sanierung des Aulabereiches Georg-Büchner-Gymnasium	IX/2225
5		Satzungen zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Kindertageseinrichtungen, die Kindertages- pflege und die Offenen Ganztagschulen in der Stadt Kaarst	IX/2282
6		Feuerwache Kaarst	
6.1		Zusätzlicher Raumbedarf für Verwaltungsbüros im Gebäude der Feuerwache Kaarst	IX/2286
6.2		Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 11.01.2018 „Sachstand Rettungswache“	IX/2303
7		Gründung eines Eigenbetriebs für die Gebäude- wirtschaft zum 01.01.2019	IX/2294
8		Bürgerantrag zum Schutzstreifen auf der Alten Heerstraße zwischen der Bussardstraße und der L 154 (Martinusstraße)	IX/2147
9		Elektromobilität; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.02.2018	IX/2311

10	Vergaben IV. Quartal 2017	IX/2278
11	Nicht ausgeführte Beschlüsse 2. Hj. 2017	IX/2291
12	Unterrichtung / Anfragen des Ausschusses gem. § 28 iVm. § 17 der Geschäftsordnung	
12.1	Sachstand Konverter	
12.2	Stadtmitte Kaarst Geschäftsschließungen; Anfrage SPD-Fraktion vom 11.01.2018	
12.3	Zeitplanung und Kostenbericht für die städtischen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen über 250.000,00 €	IX/2290
12.4	Digitaler Rat	IX/2310
12.5	Sportforum Büttgen	

Teilnehmerliste

Bürgermeisterin:

Frau Dr. Nienhaus, Ulrike 19:36 - 22:05

CDU-Fraktion:

Herr Christoph, Lars 19:36 - 22:05
Frau Haupt, Dilek 19:36 - 22:05
Herr John, Mathias 19:36 - 22:05
Herr Milde, Rainer 19:36 - 22:05
Herr Schell, Hans-Georg 19:36 - 22:05
Herr Schöneberg, Volker 19:36 - 22:05
Herr Thißen, Theodor 19:36 - 22:05
Frau Zelleröhr, Angelika 19:48 - 22:05

SPD-Fraktion:

Herr Ekici, Kocay 19:36 - 22:05
Frau Kühl, Sabine 19:36 - 22:05
Herr Weißendorf, Göran 19:36 - 22:05

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Gaumitz, Christian 19:36 - 22:05
Frau Köppe, Claudia 19:36 - 22:05
Frau Link-Schnitzler, Irmgard 19:36 - 22:05

FDP-Fraktion:

Herr Kopp, Günter 19:36 - 22:05

UWG-Fraktion:

Frau Rüdiger, Anja 19:36 - 22:05

AfD-/Zentrumsfraktion:

Herr Otte, Christian 19:36 - 22:05

Fraktion DIE LINKE und Piratenpartei:

Herr Wetzler, Markus 19:36 - 22:05

Von der Verwaltung sind anwesend:

Herr Adams, Stephan	19:36 - 22:05
Herr Böttner, Peter	19:36 - 22:05
Frau Technische Beigeordnete Burkhart, Sigrid	19:36 - 22:05
Herr Kalla, Andreas	19:36 - 20:52
Frau Kaulen, Brigitte	19:36 - 20:52
Herr Kämmerer Meuser, Stefan	19:36 - 22:05
Frau Nießen, Vera	19:36 - 22:05
Herr EBG Dr. Semmler, Sebastian	19:36 - 22:05
Herr Thelen, Hans-Josef	19:36 - 21:15

Ferner sind anwesend:

Zuhörer
Pressevertreter

BMin Frau Dr. Ulrike Nienhaus eröffnet um 19:36 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TAGESORDNUNG

A Öffentlicher Teil:

1 Änderung und Erweiterung der Tagesordnung

BMin Frau Dr. Nienhaus weist auf die vorgelegte Tagesordnung hin. Der TOP 12.5 wurde neu aufgenommen.

RM Gaumitz beantragt, den nichtöffentlichen TOP 15 teilöffentlich zu beraten.

BMin Frau Dr. Nienhaus teilt mit, dass dies möglich sei, jedoch keine Zahlen benannt werden dürfen. Sie schlägt vor, die Beratung nach dem TOP 6.2 vorzuziehen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	einstimmig
	Stimmen dafür:	
	Stimmen dagegen:	
	Stimmenthaltungen:	

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

2 Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner gem. § 31 iVm. § 19 der Geschäftsordnung

Es werden keine Fragen gestellt.

3 Finanzstatusbericht zum 31.12.2017

AM Frau Rüdiger fragt nach, wo eine Verbuchung des Betrages i.H.v. rund 4,4 Mio. € für Zuwendungen und allgemeine Umlagen vorher erfolgt ist.

Kämmerer Meuser teilt mit, dass die Verbuchung unter „Kostenerstattungen und Kostenumlagen“ (Zeile Nr. 6) erfolgt ist. Außerdem weist er darauf hin, dass die Haushaltssatzung in der nächsten Woche bekannt gemacht wird, so dass diese dann Rechtskraft erlangt und gibt weitere Hinweise.

AM Frau Rüdiger fragt nach der nicht etatisierten Gewinnausschüttung der Sparkasse.

Kämmerer Meuser teilt mit, dass die Zahlen nachgereicht werden.

Hinweis der Verwaltung: Die Mitteilung hierzu erfolgt im nichtöffentlichen Teil der Niederschrift unter TOP 16.

4 Mittelfreigabe für die Sanierung des Aulabereiches Georg-Büchner-Gymnasium

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass soeben in der BUNA-Sitzung eine Vorstellung der Entwurfsplanung für die Sanierung erfolgt ist.

TBG Frau Burkhart berichtet, dass der Vorstellung der Entwurfsplanung für die Sanierung mit Ergänzungen zugestimmt wurde. Der Bereich der Haupteingangstür wird barrierefrei mit einer Rampe sowie einem automatischen Türöffner gestaltet. Außerdem wurde die Verwaltung beauftragt, für eine Dachbegrünung Angebote einzuholen und diese dem BUNA vorzustellen.

AM Frau Köppe bemängelt, dass schon zum wiederholten Male ein Auftrag an ein Architekturbüro in Münster vergeben wurde. Sie führt hierzu aus und spricht in diesem Zusammenhang auch den Umbau der Kita Bussardstraße an

TBG Frau Burkhart begründet die Qualifizierung des Architekten und ergänzt dass ca. 2/3 der Kosten für die Erneuerung der Belüftung aufgewendet werden.

AM Christoph weist auf die Öffentlichkeit hin. In Bezug auf den Umbau Kita Bussardstraße erwähnt er die mehrfachen Umplanungen, die zu Mehrkosten geführt haben.

AM Frau Kühl informiert die AM über die BUNA-Sitzung am heutigen Tag.

AM Frau Rüdiger ist der Meinung, dass Auftragnehmer keine neuen Aufträge erhalten sollten, wenn die Arbeiten nicht zufriedenstellend durchgeführt wurden.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist auf die Öffentlichkeit hin und bittet um eine sachliche Diskussion.

AM Milde weist darauf hin, dass der BUNA eine gute Arbeit geleistet hat. Es ist gut, dass diese Fehler heute aufgefallen sind und behoben werden können.

BMin Frau Dr. Nienhaus bittet darum, den Beschluss des BUNA zur Kenntnis zu nehmen.

AM Kopp stellt Rückfragen zur Barrierefreiheit.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass diese Kosten im Beschlussvorschlag der vorgelegten Sitzungsvorlage nicht enthalten sind.

TBG Frau Burkhart ergänzt, dass für eine Dachbegrünung zunächst Angebote

eingeholt werden und anschließend ein Beschluss für die Umsetzung notwendig wird. Die Barrierefreiheit wurde bereits beschlossen. Die notwendigen Kosten werden voraussichtlich 20.000 € betragen. Sie gibt Auskunft zu den Fördermitteln für die Umstellung auf eine LED-Beleuchtung und für die neue Lüftungsanlage.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
Stimmen dafür:
Stimmen dagegen:
Stimmenthaltungen:

Die für das Haushaltsjahr 2018 eingeplanten Finanzmittel in Höhe von 1,2 Millionen Euro für die Lüftungsanlage und 200.000 Euro für die erforderlichen vorbereitenden Maßnahmen zur Herrichtung der Aula des Georg-Büchner-Gymnasiums als Ersatzspielstätte werden freigegeben.

5 Satzungen zur Erhebung von Elternbeiträgen für die Kindertageseinrichtungen, die Kindertagespflege und die Offenen Ganztagschulen in der Stadt Kaarst

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass der SchulA in seiner Sitzung am 21.02.2018 dem Beschlussvorschlag mit 14 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen zugestimmt hat und die SPD-Fraktion ihren Antrag zurückgezogen hat.

AM Wetzler stellt eine Verständnisfrage zur Verschiebung des Inkrafttretens.

EBG Dr. Semmler beantwortet diese Frage und weist darauf hin, dass die Fraktionen gestaltend mitwirken können.

AM Gaumitz wird dem Beschlussvorschlag nicht komplett zustimmen. Zum TOP 1 könnte er seine Zustimmung geben, aber ihm fehlt das klare Bekenntnis zur Beitragsfreiheit bis zu einem Einkommen von 25.000 €. Es bleibt somit bis Ende 2019 alles wie es ist und dies wird er nicht mittragen.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass die Verwaltung den Verfahrensablauf dargestellt hat.

AM Frau Rüdiger hält eine gemeinsame Sitzung für sinnvoll. Sie fragt nach, warum eine Umsetzung erst zum 01.08.2019 erfolgt. Sie ist damit nicht einverstanden.

EBG Dr. Semmler weist darauf hin, dass ansonsten Änderungskündigungen erfolgen müssten. Für 2017 wurde kein konkreter Auftrag seitens der Politik an die Verwaltung erteilt. Er führt zum Arbeitsaufwand aus und den notwendigen und schwierigen Schritten. Es ist geplant, in 6 Monaten abstimmungsreife Satzungen vorzulegen, so dass diese zum 01.08.2019 Inkrafttreten können.

AM Weißendorf erklärt, dass der Antrag seiner Fraktion nicht zurückgezogen wurde, weil er nicht wichtig ist. Er erläutert die Gründe, warum der Antrag zurückgezogen wurde.

AM Christoph weist darauf hin, dass Änderungen zum Beginn eines jeden Schuljahres bzw. Kindergartenjahres erfolgen. Es werden durch eine Änderung nicht nur Familien entlastet, sondern auch belastet. Daher sollte die notwendige Zeit zur Verfügung stehen, um zu einem Ergebnis zu kommen.

AM Frau Rüdiger beantragt, über alle Punkte getrennt abzustimmen.

AM Gaumitz geht auf die Ausführungen von AM Christoph ein. Dieses Thema existiert schon länger. Er hofft, dass es künftig Mehrheiten gibt, damit Familien entlastet werden können.

BMin Frau Dr. Nienhaus sieht die Verwaltung hierzu auf einem guten Weg.

AM Ekici bekräftigt, dass Familien entlastet werden sollen. Zu den Haushaltsberatungen sollte ein rechtlich sicherer Entwurf vorliegen, wie dies vom EBG Dr. Semmler zugesagt wurde. In der Sache besteht Einigkeit und daher stimmt er dem Datum 01.08.2019 zu.

AM Christoph bestätigt, dass seine Fraktion im Dezember 2017 dagegen gestimmt hat und führt hierzu aus.

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt nun über die Punkte 1-3 des Beschlussvorschlags einzeln abstimmen.

Punkt 1:

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	einstimmig
	Stimmen dafür:	
	Stimmen dagegen:	
	Stimmenthaltungen:	
1.	Die bestehenden Satzungen zur Erhebung von Elternbeiträgen für den Besuch von Kindertageseinrichtungen für Kinder, für Kinder in der Kindertagespflege und für die Offene Ganztagschule im Primarbereich in der Stadt Kaarst werden in einer gemeinsamen Elternbeitragssatzung zusammengefasst.	

Punkt 2:

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	
	Stimmen dafür:	14
	Stimmen dagegen:	4
	Stimmenthaltungen:	0

2. Die neue Elternbeitragssatzung soll zum 01.02.2019 in Kraft treten.

Punkt 3:

Abstimmungsergebnis:

Beschluss:

Stimmen dafür: 14

Stimmen dagegen: 4

Stimmenthaltungen: 0

3. Bis zum Inkrafttreten der neuen gemeinsamen Elternbeitragssatzung werden in allen drei bestehenden Elternbeitragssatzungen die Beitragsstufen und die Beitragssätze beibehalten.

6 Feuerwache Kaarst

6.1 Zusätzlicher Raumbedarf für Verwaltungsbüros im Gebäude der Feuerwache Kaarst

AM Gaumitz bedankt sich für die Mitteilungsvorlage. Er ist erstaunt, dass die Umsetzung der Mitarbeiter schon vor langer Zeit erfolgt ist und bittet um Auskunft zu den weiteren Schritten. Des Weiteren ist er der Meinung, dass ein Ankauf von Containern nicht vorbereitet werden sollte, denn eine dauerhafte Lösung ist notwendig, z.B. durch einen Anbau, da die Mitarbeiter anscheinend dort dauerhaft untergebracht werden. Container sind hier nicht zielführend.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass die Vorlage die derzeitige Situation erläutert. Die Fachausschüsse werden sich weiter mit diesem Thema befassen.

EBG Dr. Semmler entschuldigt sich für die bisherige Vorgehensweise. Es wurde seinerzeit in Bezug auf die Raummodule an der Grundschule Vorst darüber gesprochen, ob es sinnvoll ist die Module an der Feuerwache weiter zu nutzen. Es war jedoch nie die Rede von einer dauerhaften Nutzung. Außerdem wurde über ein Raummodul gesprochen. Er weist darauf hin, dass eine Begehung der Feuerwache noch erfolgen wird und berücksichtigt werden sollte, dass derzeit einige Bauvorhaben anstehen. Außerdem spricht er die Verbesserung der Ausrückzeiten an und weist auf die derzeitigen Raumkapazitäten im Rathaus hin. Des Weiteren schlägt eine Diskussion im BUNA mit einer Begehung der Feuerwache vor.

AM Frau Kühl ist der Meinung, dass auf der Westseite der Feuerwache der Neubau der Rettungswache und eine Erweiterung der Feuerwehr erfolgen sollten. Wenn der Bau der Rettungswache erfolgt, sollte in diesem Zusammenhang auch eine Erweiterung für die Verwaltung vorgesehen werden.

AM Gaumitz stimmt AM Frau Kühl zu. Er ist der Meinung, dass es eine dauerhafte Lösung geben sollte. Die Rettungswache sollte auf dem westlichen Grundstück errichtet werden, denn dort ist genügend Freifläche vorhanden. Es wäre eine dauerhafte Lösung dort möglich, denn die Notwendigkeit für eine Erweiterung der Feuerwache ist absehbar.

AM Christoph ist der Meinung, dass der Bau der Rettungswache vorangebracht werden sollte und geht auf die geplante Übergangslösung ein. Es sind nicht alle Maßnahmen zeitgleich möglich und das Thema „Rettungswache“ sollte separat betrachtet werden.

AM Frau Kühl geht auf die Ausführungen von AM Christoph ein. Sie ist der Meinung, dass die Chance genutzt werden sollte. Die Kosten werden nicht geringer, wenn abgewartet wird. Auch wird der Bau eines separaten Gebäudes teurer.

TBG Frau Burkhart erklärt, dass für den Bau der Rettungswache die möglichen Grundstücke mehrfach gewechselt wurden und legt die Gründe hierfür dar. Der Druck des Rhein-Kreises Neuss zum Bau der Rettungswache ist erheblich, daher muss in diesem Jahr gestartet werden. Bei einem gemeinschaftlichen Bau müsste der Standort auf das westliche Grundstück verlegt werden, so dass eine erneute Planung erfolgen müsste.

EBG Dr. Semmler teilt mit, dass der Brandschutzbedarfsplan kurz vor der Fertigstellung steht. Es wurden Gespräche mit der Feuerwehr geführt, mit dem Ergebnis, dass die Möglichkeiten für eine Erweiterung beibehalten bleiben.

AM Frau Köppe zeigt kein Verständnis und bezieht sich auf die vorgelegte Mitteilungsvorlage zum TOP 6.2. Auch bei der jetzigen Planung könnte eine Erweiterung erfolgen.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass die Zukunftsfähigkeit der Feuerwehr im Blick gehalten wird.

AM Frau Kühl fragt nach, warum nicht jetzt eine Planung für die Zukunft erfolgt.

Herr Kalla teilt mit, dass aus Sicht der Feuerwehr der jetzt geplante Standort für die Rettungswache der Beste ist, auch im Hinblick auf die Alarmausfahrt. Zu den Anbaumöglichkeiten enthält auch der Brandschutzbedarfsplan Hinweise.

AM Kopp ist es wichtig, dass die Bevölkerung im Bedarfsfall schnell erreicht werden kann und es gilt die Rettungswache unterzubringen. Er stimmt einem Bau der Rettungswache am geplanten Standort und der Interimslösung der Feuerwehr zu.

6.2 Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 11.01.2018 „Sachstand Rettungswache“

Der TOP 6.2 wurde zusammen mit TOP 6.1 beraten.

BMin Frau Dr. Nienhaus bittet um Kenntnisnahme der korrigierten Fassung der Mitteilungsvorlage. Die weitere Diskussion zu diesem Thema wird im BUNA erfolgen.

7 Gründung eines Eigenbetriebs für die Gebäudewirtschaft zum 01.01.2019

BMin Frau Dr. Nienhaus führt in das Thema ein.

AM Frau Rüdiger geht auf das Rechenbeispiel für das VHS-Gebäude ein und stellt zur Relation der Nebenkosten zu den Mietkosten Rückfragen.

TBG Frau Burkhardt geht auf die Kosten pro m² ein und auf die AfA-Werte (Abschreibung).

AM Frau Rüdiger fragt nach, ob sich die Miete aus dem AfA-Wert berechnet.

TBG Frau Burkhardt betätigt, dass dies zum größten Teil der Fall ist.

Kämmerer Meuser ergänzt, dass bei den Mietverträgen auch der Gebäudezustand zu berücksichtigen ist.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	einstimmig
	Stimmen dafür:	
	Stimmen dagegen:	
	Stimmenthaltungen:	

Die Verwaltung wird beauftragt, Rahmenvereinbarungen und Nutzungsverträge nach vorliegendem Muster für den noch zu gründenden Eigenbetrieb Gebäudewirtschaft – GWK zu schließen. Die Mietkalkulationen sollen entsprechend der Anlage „Entwurf Mietkalkulation“ erfolgen.

8 Bürgerantrag zum Schutzstreifen auf der Alten Heerstraße zwischen der Bussardstraße und der L 154 (Martinusstraße)

BMin Frau Dr. Nienhaus teilt mit, dass der PVA in seiner Sitzung am 07.02.2018 dem Beschlussvorschlag der Verwaltung mit 12 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt hat.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:	
	Stimmen dafür:	14
	Stimmen dagegen:	1
	Stimmenthaltungen:	3

Der PVA empfiehlt dem HWFA, den Bürgerantrag mit seinen 4 Einzelpunkten insgesamt abzulehnen.

9 Elektromobilität; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.02.2018

AM Gaumitz erläutert den Antrag seiner Fraktion. Er ist der Meinung, dass das Förderprogramm des Landes in Anspruch genommen werden sollte und bittet um Zustimmung.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass eine Neuanschaffung für den Baubetriebshof ansteht und das Mittel für das Mobilitätskonzept im Haushalt bereitgestellt wurden.

AM Christoph sieht dieses Thema eher beim Klimaschutzkonzept verortet. Es wurden gerade erst neue Fahrzeuge geleast, daher wäre eine Anschaffung zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll. Beim Bauhof wäre jedoch eine Inanspruchnahme zu prüfen.

AM Gaumitz weist darauf hin, dass in Pkt. 1 des Antrags die Erstellung eines Konzepts angesprochen wird. Seine Fraktion hat den Leasingverträgen seinerzeit nicht zugestimmt. Losgelöst vom Klimaschutzkonzept sollte zunächst ein Konzept erarbeitet werden. Er weist darauf hin, dass das Förderprogramm am 30.06.2018 endet.

TBG Frau Burkhart teilt mit, dass das Klimaschutzkonzept nicht bis zum 30.06.2018 beschlossen werden kann. Dies wird vermutlich erst im III. bzw. IV. Quartal der Fall sein. Das Thema „E-Mobilität“ sollte in ein Mobilitätskonzept einfließen. Beim Baubetriebshof wird das Fahrzeug für die durchgeführten Straßenkontrollen vermutlich durch ein E-Fahrzeug ersetzt, so dass eine Ladeinfrastruktur daher am Bauhof notwendig werden wird. Ein entsprechender Antrag wird bis zum 30.06.2018 formuliert.

AM Christoph weist darauf hin, dass bis zum 30.06.2018 kein Konzept erstellt werden kann. Die Verwaltung sollte hier prüfen und das Förderprogramm nutzen. Er verliest einen modifizierten Antrag seiner Fraktion.

AM Gaumitz teilt mit, dass er bei einer Ablehnung des Antrags seiner Fraktion der Modifizierung durch die CDU-Fraktion zustimmen wird.

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt zunächst über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.02.2018 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:	Beschluss:
	Stimmen dafür: 7
	Stimmen dagegen: 11
	Stimmenthaltungen: 0

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. ein Konzept - unter Zuhilfenahme einer E-Mobilitäts-Beratung - zum Aufbau städtischer Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge zu entwickeln und

2. hierfür Fördermittel des Landes NRW in Anspruch zu nehmen im Rahmen eines solchen Konzeptes die Anschaffung von E-Autos und Brennstoffzellenfahrzeugen als Umrüstung des städtischen Fuhrparks vorzusehen und hierbei ebenfalls die Förderung des Landes in Anspruch zu nehmen und
3. in einem solchen Konzept auch die teilweise Umstellung der Fahrzeuge des Bauhofes (bspw. auf E-Scooter) zu prüfen.

BMin Frau Dr. Nienhaus lässt nun über den modifizierten Antrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis: Beschluss: einstimmig
Stimmen dafür:
Stimmen dagegen:
Stimmenthaltungen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Zusammenhang mit dem Klimaschutzkonzept und dem Mobilitätskonzept zu untersuchen, inwieweit

1. ein Konzept - unter Zuhilfenahme einer E-Mobilitäts-Beratung - zum Aufbau städtischer Ladeinfrastruktur entwickelt werden kann und hierfür Fördermittel des Landes NRW in Anspruch genommen werden können.
2. im Rahmen eines solchen Konzeptes die Anschaffung von E-Autos und Brennstoffzellenfahrzeugen als Umrüstung des städtischen Fuhrparks sinnvoll ist und hierbei eine Förderung des Landes in Anspruch genommen werden kann.
3. in einem solchen Konzept auch die teilweise Umstellung der Fahrzeuge des Bauhofes (bspw. auf E-Shooter) sinnvoll ist.

10 Vergaben IV. Quartal 2017

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

11 Nicht ausgeführte Beschlüsse 2. Hj. 2017

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

AM Gaumitz äußert seine Zweifel darüber, dass die Beschlüsse zu den Haushaltsberatungen im HWFA erledigt sind.

BMin Frau Nienhaus weist darauf hin, dass diese in die Beratungen des Stadtrates übergegangen sind und hierzu eine Vorlage im Stadtrat am 22.03.2018 er-

folgen wird.

12 Unterrichtung / Anfragen des Ausschusses gem. § 28 iVm. § 17 der Geschäftsordnung

AM Frau Kühl fragt nach dem Stand eines Antrags Ihrer Fraktion zur Abfall- und Gebührensatzung, der im Herbst 2017 gestellt wurde. Familien, die Angehörige pflegen und Familien mit kleinen Kindern unter 2 Jahren sollten in Bezug auf den Windelabfall entlastet werden.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass der Antrag durch den BUNA an die Verwaltung verwiesen wurde.

Kämmerer Meuser teilt mit, dass in der BUNA-Sitzung am 07.03.2018 verschiedene Satzungen thematisiert werden.

12.1 Sachstand Konverter

BMin Frau Dr. Nienhaus berichtet, dass am 19.1., 31.1. und 21.02.2018 Gespräche zum Konverter erfolgt sind. Sie weist auf die als Tischvorlage verteilten Unterlagen hin und geht auf die einzelnen Standorte ein. Von der Fa. Amprion wird der Standort 20 bevorzugt. Es bleibt zunächst die Entscheidung des Regionalrates im März 2018 abzuwarten.

12.2 Stadtmitte Kaarst Geschäftsschließungen; Anfrage SPD-Fraktion vom 11.01.2018

Kämmerer Meuser teilt mit, dass es in der Stadtmitte Veränderungen gegeben hat und die Wirtschaftsförderung mit den Geschäftsführungen in Kontakt steht. Es sind keine nennenswerten Leerstände zu erwarten. Er sieht ein größeres Problem im Fortbestand der ISG, aber auch hier ist die Wirtschaftsförderung im Gespräch.

AM Ekici spricht den Online-Cityhandel an und meint, dass es ein regionales Portal geben sollte, jedoch haben die Einzelhändler seinerzeit keine Rückmeldung zu einem Interesse gegeben. Er fragt nach, ob es ein Forum gibt, um die Einzelhändler an einen Tisch zu bringen und ob die Verwaltung bei diesem Thema in Kontakt zu den Einzelhändlern steht.

Kämmerer Meuser gibt die Auskunft, dass die Wirtschaftsförderung eng mit den Geschäftsführern zusammenarbeitet. Mit dem IEHK werden wir eine Aufwertung des Standortes erfahren, dies ist besser als eine Online-Plattform. Er weist darauf hin, dass die Wirtschaftsförderung nur unterstützend tätig werden kann.

TBG Frau Burkhart ergänzt, dass im IEHK zudem eine Stärkung der ISG als Maßnahme vorgesehen ist.

AM Gaumitz ist der Meinung; dass die Einzelhändler auch Einsatz zeigen müssen.

TBG Frau Burkhart teilt mit, dass zunächst der Förderbescheid abgewartet werden muss.

AM Ekici ist der Meinung, dass ein Online-Portal im Rhein-Kreis Neuss hätte etabliert werden können, denn bis zur Stärkung der Ortsmitte wird noch einige Zeit vergehen. Eine führende Hand der Wirtschaftsförderung fehlt hier.

Kämmerer Meuser weist darauf hin, dass es einen guten Einzelhändlerbesatz gibt.

RM Kopp stimmt AM Ekici zu. Wir brauchen ein Konzept mit Zielsetzungen. Hierzu sollten Gespräche im kleinen Kreis erfolgen.

12.3 Zeitplanung und Kostenbericht für die städtischen Hoch- und Tiefbaumaßnahmen über 250.000,00 €

AM Christoph ist der Meinung, dass die Darstellungen noch vereinheitlicht werden sollten. Außerdem sollte eine Übersicht hinzugefügt werden, aus der ersichtlich ist, ob der Kostenrahmen eingehalten wurde. Eine Vorlage sollte quartalsmäßig erfolgen.

TBG Frau Burkhart teilt mit, dass der Kostenrahmen der Tiefbaumaßnahme „Karlsforster Straße“ nach der Vergabe unterhalb der Kostenschätzung liegt. Zur Tiefbaumaßnahme „Nordkanalallee“ liegt noch kein Ausschreibungsergebnis vor. Sie begründet die Verzögerung. Zur Gesamtschule kann die Planungsphase für die nächste Vorlage strukturiert werden, jedoch ist zum Neubau Starkerseide noch keine detaillierte Aufstellung möglich.

BMin Frau Dr. Nienhaus weist darauf hin, dass die nächste Vorlage im nächsten Quartal vorgelegt wird.

AM Frau Rüdiger fragt nach, was von dem Restbetrag zwischen Kostenschätzung Tiefbaumaßnahme „Karlsforster Straße“ und der Vergabe noch gezahlt werden muss.

TBG Frau Burkhart teilt mit, dass keine weiteren Zahlungen erfolgen müssen, sofern alles nach Plan läuft.

12.4 Digitaler Rat

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

12.5 Sportforum Büttgen

Das Schreiben des Rhein-Kreises Neuss vom 21.02.2018 wird zur Kenntnis genommen.

BMin Frau Dr. Nienhaus schließt um 21.58 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet den nichtöffentlichen Teil.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben:

Die Bürgermeisterin

Die Schriftführerin

Dr. Ulrike Nienhaus

Nießen